

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 11/0149/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 09.10.2023
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.08.2023 (öffentlicher Teil)		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
09.11.2023	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.08.2023 (öffentlicher Teil).

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.08.2023
(öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses

07. September 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.08.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:50 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsfrau Doris Kurschilgen

Ratsherr Lars Lübben

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsfrau Daniela Parting

Frau Claudia Plum

Vertretung für Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Frau Relindis Becker

Frau Dr. Jana Keller

ab TOP 3

Frau Ute Nußbaum

Herr Jannis Pinzek

Frau Lis Weilandt

Vertretung für Herrn Ludger Eickholt

Abwesende:

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer	entschuldigt
Frau Rita Dautzenberg	entschuldigt
Herr Ludger Eickholt	entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Herr Stephan Baurmann	GPR
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Herr Markus Lennartz	FB 11
Frau Katja Oldenburg	FB 11
Frau Katrin Päßler	FB 17
Frau Linda Plesch	FB 13
Frau Melanie Spiegelberg	FB 11
Herr Karlheinz Welters	GPR

als Schriftführerin:

Anika Adam	FB 11
------------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 01.06.2023 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0138/WP18

- 3 **Sachstandsbericht Gesundheitsbericht 2022 - Arbeits- und Gesundheitsschutz goes digital**
Vorlage: FB 11/0136/WP18

- 4 **Bildung des Fachbereiches Mobilität und Verkehr (FB 68) bei gleichzeitiger Teilung des Fachbereiches Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61)**
Vorlage: FB 11/0135/WP18

- 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt.

Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 01.06.2023 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0138/WP18

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt mit 2 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 01.06.2023 (öffentlicher Teil).

zu 3 Sachstandsbericht Gesundheitsbericht 2022 - Arbeits- und Gesundheitsschutz goes digital

Vorlage: FB 11/0136/WP18

Frau Katrin Päßler (FB 17) und Frau Melanie Spiegelberg (FB 11) danken für die Einladung und die Möglichkeit, den Gesundheitsbericht 2022 im Personal- und Verwaltungsausschuss vorstellen zu dürfen.

Dabei sei es ihnen besonders wichtig hervorzuheben, dass es durch die Corona-Pandemie im Arbeits- und Gesundheitsschutz, wie in vielen anderen Bereichen auch, einen deutlichen Digitalisierungsschub gegeben habe. Mit dieser Präsentation möchten sie nun gerne diese Entwicklung und die eingesetzten Tools vorstellen.

Frau Päßler erläutert, dass sie gemeinsam mit Herrn Michael Castillo dem Fachbereich Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit (FB 17) vorstehe und dort als leitende Fachkraft für Sicherheit für den technischen Arbeitsschutz zuständig sei.

Frau Päßler führt aus, dass mit dem Gesundheitsbericht 2022 bereits der dritte Bericht nach den Jahren 2018 und 2020 vorliege und dass diese Berichte jedes Jahr umfangreicher würden. Im aktuellen Bericht PVA/20/WP18

Ausdruck vom: 12.09.2023

Seite: 4/14

fänden sich die Tätigkeitsberichte aller Akteur*innen im Arbeitsschutz, die sich in insgesamt acht verschiedenen Teilbereichen der Fachbereiche 11 und 17 befänden.

Frau Spiegelberg beginnt mit einer anschaulichen Präsentation des Gesundheitsberichtes und stellt zunächst die Bedeutung der Digitalisierung in den Arbeitsprozessen des Arbeitsschutzes dar. Dabei wird exemplarisch aufgezeigt, wie ein möglicher Gewaltvorfall gegenüber einem städtischen Mitarbeitenden zu einem digitalen Vorgang in der Verwaltung wird. Dabei betont sie, dass jedoch der persönliche Kontakt zu den Kolleg*innen weiterhin besonders relevant sei.

Anschließend stellen Frau Päßler und Frau Spiegelberg die Tools vor, mit denen im digitalen Arbeitsschutz gearbeitet werde, sowie die Entwicklung der Unfallzahlen und der Gesundheitsquote. Frau Spiegelberg hebt hervor, dass die Gesundheitsquote eine wichtige Kennzahl für die Verwaltung sei. Man habe dabei auf das System des Städtetages umgestellt, um benchmark-fähiger zu werden. Aachen bewege sich hier auf dem Niveau des Städtetages, und das, obwohl man den großen Kita-Bereich und den Stadtbetrieb mit berücksichtige. Diese Bereiche umfassten einen großen Personenkreis, welcher aufgrund seiner Arbeit gesundheitlich besonders gefährdet sei.

Die Gesundheitsquote für 2022 sei nun bekannt geworden, aber noch nicht im Gesundheitsbericht erfasst. Sie betrage 89,7 % und liege damit gut 2,5% unter der vorherigen Zahl. Der Benchmark des Städtetages liege noch nicht vor, aber nach Hinweisen der Krankenkassen gebe es für das Jahr 2022 branchenübergreifend einen Rückgang der Gesundheitsquote, sodass dies also nicht stadtspezifisch, sondern vielmehr als eine „Bugwelle“ der Corona-Pandemie zu bewerten sei.

Abschließend wird erwähnt, dass die Stadt Aachen im November 2021 mit einem der renommiertesten Preise für das betriebliche Gesundheitsmanagement in Deutschland, dem „Corporate Health Award“ ausgezeichnet worden sei. Zudem habe man sich bereits Anfang des Jahres bei der Unfallkasse NRW im Rahmen eines Prämiensystems für guten Arbeits- und Gesundheitsschutz beworben und auch hier ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielt. Man sei daher sehr stolz darauf, dass die Arbeit des Teams auch von außen entsprechend wahrgenommen werde.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) dankt für die Präsentation und die Herausstellung, dass Digitalisierung nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheit habe, sondern auch der Gesunderhaltung und der Prävention dienen könne.

Sie stellt die Frage, ob bei dem erwähnten Tool „Moodle“ die Klickzahlen der verschiedenen Angebote gemessen und die Angebote entsprechend angepasst würden.

Frau Spiegelberg erläutert, dass die Frequenz gut nachvollzogen werden könne und manche Angebote dann entsprechend ersetzt und besonders gefragte Angebote verstärkt würden.

Ratsfrau Kurschilgen (GRÜNE) dankt für den Bericht und die Erläuterungen dazu.

Sie stellt fest, dass hinsichtlich der Mitarbeitendenzahl die Teilnehmendenzahlen der Online-Angebote noch ausbaufähig seien und fragt, ob es Pläne gebe, dies zu ändern.

Weiterhin fragt sie, ob der geplante „Gisbo Alarm“ für die Mitarbeiter, der 2023 eingeführt werden sollte, zwischenzeitlich umgesetzt worden sei.

Frau Päßler erläutert, dass man hinsichtlich des „Gisbo Alarms“ aktuell in den Fachbereichen 45 und 56 in der Einführungsphase sei und den Start dort entsprechend begleite. Das alte Alarmsystem „Net Alarm Pro“ funktioniere auch noch, werde jedoch nicht mehr supported und es gehe nun primär um einen reibungslosen Übergang zwischen beiden Systemen. Das neue System biete mehr Funktionalitäten wie beispielsweise individuelle Alarmtypen, die über den auch vorhanden stillen Alarm hinausgingen.

Frau Spiegelberg antwortet auf die erste Frage, dass es ständig neue, auch digitale Angebote im Programm gebe, es jedoch abschließend die Entscheidung der Mitarbeitenden bleibe, ob sie sich überhaupt fortbilden wollen oder bei anderen Anbietern aktiv würden.

Ratsfrau Begolli (LINKE) dankt für den sehr eindrucksvollen Vortrag.

Im Gesundheitsbericht würden auf Seite 10 ausführlich die Betrieblichen Maßnahmen zur Corona-Pandemie behandelt. Sie würde diesbezüglich gerne wissen, wie die Zahlen hinsichtlich Long Covid aussähen, da aus dem Bericht nur hervorginge, dass es keine schweren bzw. tödlichen Fälle gegeben habe.

Weiterhin seien auf Seite 13 das „Teilprojekt Gesunde Führung“ und der erhebliche Einfluss der Führungskräfte auf die Gesundheit der Mitarbeitenden dargestellt. Sie interessiere, ob es hier ein Warnsystem gebe, ob also in dem Fall, dass viele Mitarbeitende in einer Abteilung ausfielen, überprüft werde, ob dies mit der Führung zusammenhänge.

Auf Seite 16 habe sie eine Verständnisfrage hinsichtlich des Begriffs „echte Anwesenheit“.

Frau Spiegelberg antwortet zunächst, dass der Begriff der „echten Anwesenheit“ sich darauf beziehe, dass die Mitarbeitenden nicht krank zur Arbeit erschienen. Anderenfalls liege eine verminderte Leistungsfähigkeit und damit keine wirkliche Anwesenheit vor.

Weiterhin stellt Frau Begolli dar, dass sie sich gefreut habe, dass auf Seite 23 des Berichts auch einmal die Nachteile von Home- Office dargestellt würden.

Frau Päßler antwortet auf die Frage hinsichtlich der Zahlen zu Long Covid, dass eine Erfassung aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich sei. Möglicherweise seien zukünftig aus den Daten der Krankenkassen genauere Zahlen zu entnehmen, wenn dies als eigene Kategorie erfasst werde. Aktuell wisse man aber von Kolleg*innen, die an Long Covid leiden.

Frau Spiegelberg führt ergänzend aus, dass man von solchen Fällen aus dem Betrieblichen Wiedereingliederungsmanagement wisse und die mit dem BEM-Verfahren betrauten Kolleg*innen hätten an speziellen Schulungen teilgenommen, da es die Problematik gebe, dass die an Long Covid Erkrankten nicht bis an ihre Leistungsgrenze gehen dürften, sondern vorher aufhören müssten, und dies natürlich für die Führungskräfte schwierig zu erkennen sei. Insgesamt gebe es leider noch keine konkreten Pläne, wie diese Menschen wieder in den Arbeitsprozess integriert werden sollen.

Hinsichtlich des Warnsystems bei der gesunden Führung stelle sich gleichsam der Datenschutz als problematisch dar. Man erstelle aber Gesundheitskennzahlen nicht nur für die gesamte Verwaltung, sondern auch für die Fachbereiche. Falls Fachbereiche unter dem städtischen Durchschnitt lägen, gebe man ihnen detaillierte Analysen. Weiterhin falle auf, wenn bestimmte Fachbereiche verstärkt bei der MiBa, den Beratungen des Teams Personalentwicklung oder dem BEM zu finden seien. In diesen Fällen biete man Angebote wie Teambuilding, Coaching oder auch Mediation.

Weiterhin habe man sich mit der Unterstützung von Herrn Dr. Kremer dafür eingesetzt, dass alle Führungskräfte der Stadt Aachen an dem neuen Seminar „Gesunde Führung - Psychische Gesundheit“ teilnehmen. Auch die Leitungskonferenz werde sich nochmals im August mit den Themen Resilienz und psychische Gesundheit beschäftigen. Insgesamt sei auf allen Ebenen ein großer Wille da, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Man habe vor Kurzem eine Umfrage unter den Führungskräften gemacht, ob und inwiefern diesen das Angebotsspektrum bekannt sei und ob sie die Angebote weiterempfehlen. Hier habe man gute Rückmeldungen erhalten, um die Angebotspalette weiter optimieren zu können.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) dankt im Namen der CDU-Fraktion für den Vortrag und den zugrunde liegenden Bericht. Man dürfe zu Recht stolz auf die Auszeichnungen sein. Es werde hervorragende Arbeit geleistet und besonders vorteilhaft sei, dass es nur kurze Wege für die Mitarbeitenden seien, um die Angebote in Anspruch zu nehmen. Sie dankt für die gute Arbeit und wünscht weiterhin viel Erfolg.

Ratsfrau Moselage (FDP) betont, dass sie es besonders wichtig finde, dass auf Arbeitsschutz und Gewaltprävention geschaut werde, damit sich niemand alleine fühlen müsse nach solchen Vorfällen. Weiterhin sei bei steigender Bekanntheit die Hemmschwelle niedriger, sich zu melden.

Es sei eine Erfolgsgeschichte, dass die Stadt Aachen nicht nur im guten Durchschnitt liege, sondern auch noch prämiert worden sei, und dies besonders unter dem Aspekt, dass die Bereiche Kita und Stadtbetrieb mitberücksichtigt worden seien.

Sie möchte auch noch daran erinnern, dass bereits im Jahr 2005 der Arbeitsschutzpreis an die Stadt Aachen gegangen sei, man sei also auf einem hervorragenden Weg.

Frau Spiegelberg weist dazu noch darauf hin, dass dieser Preis auch in den nachfolgenden Jahren 2009 und 2011 an die Stadt Aachen gegangen sei.

Ratsfrau Moselage beglückwünscht nochmals und betont, dass man sich mit Verve um das Thema kümmern müsse, um solche Ergebnisse zu erzielen.

Herr Pinzek (Die Zukunft) dankt für Vortrag und stellt fest, dass es ihm besonders gut gefallen habe, dass es nun auch digitale Angebote gebe, insbesondere im Kontext der Hilfe bei psychischen Erkrankungen, da er davon ausgehe, dass dies sonst eine hohe Barriere darstellen könne.

Auf Seite 17 werde der Wunsch im Bereich der Kitas erwähnt, 45 bis 60-minütige Teamzeiten einzuführen. Insbesondere dort sei die Gesundheitsquote nicht gut und er verspreche sich daher langfristige positive Effekte davon und möchte gerne wissen, ob der Plan bestehe, diese Teamzeiten umzusetzen.

Frau Spiegelberg führt aus, dass man erst vor Kurzem einen dezidierten Bericht verfasst habe, in dem alle Angebote aufgezeigt würden. Problematisch sei der hohe Fachkräftemangel, der es den Mitarbeitenden erschwere, solche Angebote wahrzunehmen, da vorrangig die Kinder betreut werden müssten und die Möglichkeit der Teilnahme daher leider oft nicht gegeben sei.

Ratsfrau Parting (SPD) bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für den Vortrag und den Bericht. Sie betont, dass das Angebot auch von hoher Bedeutung für die Personalgewinnung und -bindung sei, da nicht jeder Arbeitgeber ein solches Beratungs- und Sportangebot biete.

Herr Dr. Kremer betont, dass die Stadt Aachen im Vergleich des Deutschen Städtetages ihren gesetzlichen Verpflichtungen im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes mehr als nur nachkomme. Dies sei nicht selbstverständlich in dieser Breite und Tiefe. Insbesondere die kreisfreien Städte hätten große Probleme, im medizinischen Bereich Personal zu binden. Herr Castillo sei es gelungen, ein Team aufzubauen, welches erforderlich sei, um der wachsenden Mitarbeitendenzahl gerecht zu werden.

Darüber hinaus sei es immer ein Anliegen unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit gewesen, im Gesundheitsbereich Aufgaben selber wahrzunehmen, da die Fremdvergabe teurer sei. Insbesondere in den gefahrgeneigten Bereichen seien viele Vorsorgen durchzuführen. Über diese Pflichtaufgaben hinaus gebe es das freiwillige Segment. Den hohen Standard, den die Stadtverwaltung Aachen hier erreicht habe, habe nicht jede Kommune. Das Angebot stehe dabei in einem gesunden Verhältnis zum Mitteleinsatz.

Es sei ihm ein Anliegen, insbesondere auch hier im Personal- und Verwaltungsausschuss, immer wieder auch aufzuzeigen, wo die Mittel eingesetzt würden, dessen Einsatz in diesem Gremium beschlossen würden. Das Geld, das in das Personal investiert werde, habe genau zu den hier aufgezeigten Ergebnissen geführt. Mit dem aktuellen Stand könne man sehr zufrieden sein, er sei jedoch auch nur im Rahmen der aktuellen finanziellen Kapazitäten möglich geworden. Eine weitere Ausweitung in diesem Leistungssegment sei momentan - auch angesichts der Haushaltssituation – nicht angedacht. Die Stadtverwaltung sei insgesamt bereits sehr gut aufgestellt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) dankt Herrn Dr. Kremer für seine Ausführungen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4 Bildung des Fachbereiches Mobilität und Verkehr (FB 68) bei gleichzeitiger Teilung des Fachbereiches Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61)

Vorlage: FB 11/0135/WP18

Ratsfrau Parting (SPD) dankt für die Vorlage. Die Gründung des neuen Fachbereichs sei ein Wunsch, der auch auf Seiten der SPD vorliege. Es handle sich bei FB 61 um einen stetig gewachsenen Fachbereich, sodass man nun auch auf Führungsebene eine Veränderung vornehmen müsse. Man befürworte daher grundsätzlich die Teilung des Fachbereichs. Von den Kosten sei man zwar überrascht gewesen, finde jedoch die Begründung der Verwaltung nachvollziehbar. Man wolle die Teilung und diesen Weg gehen und in Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation habe man den geänderten Beschlussvorschlag vorgelegt. Für die Hälfte der geplanten Stellen solle eine Kompensation im Rahmen des Stellenplans erfolgen, da es hier immer wieder Stellen gebe, die längere Zeit nicht besetzt seien. Diese Ressourcen könne man hier verwenden, da die Priorität auf der Bildung des neuen Fachbereichs liege und andere Aufgaben nun zunächst etwas aufgeschoben werden müssten.

Weiterhin stehe in der Vorlage, dass bereits zum 01.01.2024 Teile des neuen Fachbereichs bewirtschaftet werden sollen, und daher bitte man darum, dies dem Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) stellt fest, dass sowohl der Beschlussvorschlag der Verwaltung als auch der geänderte Beschlussvorschlag einige Fragen aufwerfen würden.

Zunächst suggeriere der erste Satz, dass hier noch die Entscheidung getroffen werden müsse, ob der Fachbereich geteilt werde. Die Entscheidung sei jedoch schon getroffen worden, da sie in der Hoheit der Hauptverwaltungsbeamtin liege. Diese habe die Entscheidung bereits getroffen. Frau Eschweiler selbst spreche sich nicht für die Teilung aus, da der Fachbereich vor vielen Jahren mit Bedacht so gegründet worden sei, da es immer wichtig war, dass Stadtentwicklung, Stadtplanung und Mobilität zusammengedacht werden und man sich viele Synergieeffekt erhofft habe, die dann auch so eingetreten seien.

Es gebe vielfältige Aufgaben in diesem Fachbereich, dafür aber auch das entsprechende Spitzenpersonal. Sie wisse nicht, ob die Teilung eine Lösung sei. Es werde eine zweite Verwaltungsabteilung aufgebaut, obwohl man genau wisse, dass Aufgaben sich auch verlagern würden. Daher hätte man im Vorfeld betrachten müssen, ob Einsparungen und Veränderungen möglich seien. Die Sache werde aber in einem rasenden Tempo durchgebracht. Sie gehe mit ihrer Fraktion auch davon aus, dass dies nur die „Spitze des Eisbergs“ an Personal sei. An der notwendigen Umstrukturierung in den nachgelagerten Bereichen werde nichts getan, obwohl es dort einer Änderung bedürfe.

Den letzten Teil des geänderten Vorschlags könne sie nicht nachvollziehen. Alle neu einzurichtenden Stellen seien für den neuen FB 68 vorgesehen, und über Personal werde hier entschieden und nicht im Finanzausschuss. Dieser könne mit seiner Kenntnisnahme keine Absolution erteilen, also einen „Doppel-Wums“ geben. Für sie sei der Beschluss daher nicht nachvollziehbar und man nehme zur Kenntnis, dass es die Teilung geben werde.

Ratsfrau Moselage (FDP) fragt zunächst hinsichtlich des Organigramms des geplanten FB 68 und im Hinblick auf die Abteilung 68/300 „Konzeptionelle Planung und Mobilität“, ob die Fachbereichsleitung die Abteilungsleitung in Personalunion machen werde oder ob noch eine weitere Abteilungsleitung geplant sei.

Weiterhin frage sie sich, wo sich die Stellvertretung der Fachbereichsleitung bei den Kosten wiederfände. Frau Katja Oldenburg (FB 11) führt als zuständige Organisatorin für den Fachbereich 61 hinsichtlich der stellvertretenden Fachbereichsleitung aus, dass sich im Organigramm unter der Abteilungsleitung für den FB 68/300 die Ergänzung „jetzige ABL 61/300“ finde. Dies bedeute, dass die letztere Stelle in den FB 68 verlagert werde. Für den Fall, dass der Kollege, der diese Tätigkeit innehatte, die Fachbereichsleitung übernehme, müsse seine aktuelle Funktion nachbesetzt werden. Daher brauche man keine weitere Abteilungsleitung einzurichten, da die aktuelle Stelle des Kollegen mitgeführt werde.

Die Stellvertretung müsste in beiden Fachbereichen neu geregelt werden, sie werde sich kostentechnisch aber nicht zusätzlich niederschlagen.

Ratsfrau Moselage (FDP) zeigt sich erfreut, dass auch die Koalitionäre bei den hohen Kosten Bedenken bekommen hätten.

Sie habe bereits bei der Gründung des FB 61 Bedenken hinsichtlich der Synergieeffekte gehabt. Man müsse daher feststellen, dass das Projekt ein zu „hohes Preisschild“ mitbringe, selbst mit dem geänderten Beschlussvorschlag. Man müsse ehrlich sein und eingestehen, dass die Umsetzung Kosten verursachen werde und man dann an anderen Stellen Geld einsparen müsse. Weiterhin verstehe sie die Eile nicht, die schon von Frau Eschweiler angemahnt wurde. Sie sehe noch zu viele offene Fragen und halte den Entwurf noch nicht für beschlussfähig, weshalb sie hier nicht zustimmen werde.

Ratsfrau Begolli (LINKE) betont, sie könne nachvollziehen, dass ein Fachbereich von dieser Größe nicht von einer Leitung zu steuern sei. Wie Frau Eschweiler und Frau Moselage bereits dargelegt hätten, sei der FB 61 gegründet worden, da man enge Schnittstellen gesehen habe, die jedoch auch nach ihrem Verständnis der Vorlage weiterhin erhalten bleiben sollten. Das Rückgängigmachen eines solchen Schrittes sei möglich, wenn man feststelle, dass man den anstehenden Herausforderungen so nicht gewachsen sei. Wenn man diese Entscheidung jedoch treffe, und da sei sie inhaltlich bei den Kolleg*innen von FDP und CDU, dann müsse man auch alle Konsequenzen tragen.

Der geänderte Beschlussvorschlag sei eine „Milchmädchenrechnung“, da für die angeführten 2,5 VZÄ nicht besetzte Planstellen eingerechnet werden sollen, obwohl diese momentan keine Kosten verursachten. Es gehe um die Kompensation von 500.000 € und es müsse klargestellt werden, welche Bereiche bei der Kompensation ausgeschlossen seien, da sonst politische Prioritäten verschoben werden könnten.

Sie sehe auch nicht den zeitlichen Druck der Vorlage und möchte daher den Antrag stellen, dass der Vorschlag nochmals in die Beratung genommen werde und erst in der folgenden Sitzung ein Beschluss gefasst werde. Dazu brauche man eine Vorlage, in der deutlich gemacht werde, wo genau das Geld herkommen solle.

Der geänderte Beschlussvorschlag habe bei ihr Zweifel geweckt. Mobilität und Stadtentwicklung seien sehr wichtige Zukunftsthemen, aber der Vorschlag erwecke bei ihr Misstrauen, ob dies zulasten anderer wichtiger Bereiche gehe. Daher hätten sie und ihre Fraktion nun beschlossen, nicht zuzustimmen.

Ratsherr Palm (AfD) findet es unverschämt, im laufenden Haushaltsjahr solch einen großen Posten einzubringen. Man sei der Bürgerschaft gegenüber verantwortlich und müsse hier den Hebel ansetzen, wenn man eine schlanke Verwaltung wolle. Die Leserbriefe in der Lokalpresse der letzten Zeit machten deutlich, dass die Bevölkerung mit den Plänen nicht einverstanden sei und der geänderte Beschlussvorschlag zeige, dass die SPD nun selber Zweifel bekommen habe. Daher müsse man das weitere Vorgehen verschieben.

Frau Becker (GRÜNE) stellt heraus, dass die mit der Gründung des FB 61 erhofften Synergien im zeitlichen Kontext betrachtet werden müssten. Sie finde es in Anbetracht der aktuellen Herausforderungen wie der Verkehrswende sinnvoll, die Bereiche wieder zu trennen. Dadurch werde man arbeitsfähiger und Prozesse würden beschleunigt.

Das Organigramm beruhe auf einer professionellen Organisationsuntersuchung und sei daher gut nachvollziehbar. Es stelle keinen Luxus, sondern die notwendige Struktur dar.

Man halte die Eile für geboten, damit die Prozesse nicht erst in vielen Jahren umgesetzt würden. Es sei vielmehr auch eine Erleichterung für alle Bürger*innen der Stadt, wenn die Ergebnisse schnell zu sehen seien. Man halte die Teilung des FB 61 daher für sinnvoll.

Frau Plum (CDU) stellt heraus, dass sie auch Mitglied des Finanzausschusses sei und es sich dort bereits andeute, dass es mit Blick auf den Haushalt problematisch werde. Momentan warte man noch auf entscheidende Schlüsselzuweisungen, sodass auch sie befürworte, dass heute der Vorschlag noch nicht abschließend behandelt werde, bis man wisse, ob der Haushalt eingebracht werden könne.

2023 sei der Haushalt schon kritisch und man habe sich in den Beratungen dafür ausgesprochen, sich zukünftig zu konsolidieren, sodass die Einrichtung weiterer Stellen im FB 68 die falsche Antwort sei.

Ansonsten könne es passieren, dass 2024 freiwillige Leistungen gekürzt werden müssten. Eine Haushaltssicherung habe die Stadt Aachen seit 18 Jahren nicht erlebt.

Es müssten Prioritäten gesetzt werden und die CDU würde andere Prioritäten setzen, aber die Entscheidung sei bereits von der Oberbürgermeisterin getroffen worden und es gehe nun nur noch um die Stellen des neuen Fachbereichs. Es handle sich nun lediglich um den ersten Entwurf des Organigramms und es sei absehbar, dass weitere Stellen hinzukämen.

In der nächsten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses wisse man, wie es mit dem Haushalt 2024 aussehe und dann sei es eher zu verantworten, eine Entscheidung zu treffen.

Herr Dr. Kremer betont, dass der Verwaltungsvorlage eine Entscheidung des Verwaltungsvorstandes zu Grunde liege. Der Verwaltungsvorstand sei der Auffassung, dass die Gründung des neuen FB 68 für die Verwaltung große Vorteile bringen werde.

Wenn allerdings eine solche Entscheidung getroffen werde, dann müsse man auch konsequent sein und notwendig erscheinende Stellen einrichten, auch wenn es Manchen zu viel erscheinen möge. Man sei jedoch nicht verschwenderisch, vielmehr entscheide man nach genauen Analysen. Wochenlang hätten sich die Organisatoren damit befasst und es lägen nun professionelle Ergebnisse vor. Wenn der Fachbereich geschaffen werden solle, dann brauche er genau diese personelle und stellenplanmäßige Ausstattung.

Es erschließe sich für Außenstehende möglicherweise nicht sofort, warum eine Verwaltungsabteilung gebraucht würde. Wenn jedoch die Stellen wie geplant eingerichtet würden, sei nicht zu befürchten, dass diesbezüglich nochmal nachgelegt werden müsse. Es sei zwar nicht vollkommen auszuschließen, dass sich eine Dynamik entwickle, die man heute noch nicht absehen könne, dennoch würden Entwicklungen bereits antizipiert, da man um die angespannte Situation des Haushaltes wisse. Er könne daher sagen, wenn weitere Stellen in den folgenden Jahren nötig werden, dann habe dies andere Ursachen, an denen man sich dann messen lassen müsse.

Er müsse hier jedoch die Fachverwaltung in Schutz nehmen. Man sei offen für strategische Inhalte, er möchte aber herausstellen, dass die organisatorische Grundlage der Vorlage gut und fundiert sei und er diese für abstimmungsfähig halte, sofern man die inhaltliche Ausrichtung teile.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) führt aus, dass einige Unterstellungen in den Raum gestellt worden seien, die sie so nicht stehen lassen wolle.

Sie betont, dass in dem Fall, dass die Verwaltung eine solche Organisationsuntersuchung mache und ein Organigramm erstelle, es irrelevant sei, wer in der Koalition und wer in der Opposition sei. Vielmehr gehe sie dann davon aus, dass das Ergebnis vernünftig sei und dass es keine versteckten Stellen gebe.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Frau Begolli, möchte sie ausführen, dass man sich in der Koalition Gedanken gemacht habe. Man gehe nicht davon aus, dass die Teilung des FB 61 den Haushalt „sprengen“ würde, sondern diesem vielmehr vielleicht helfen könne, da dann Vorhaben schneller gehandhabt und Fördergelder schneller abgerufen werden könnten. Sie erinnere sich an Diskussionen im Rat, in denen von der CDU heftig kritisiert worden sei, dass Fördergelder nicht schnell genug abgerufen würden. Natürlich sei es ungewöhnlich, einen Stellenmehrbedarf außerhalb des Stellenplanverfahrens aufzurufen, und daher finde man es richtig, dies dem Finanzausschuss nochmals zur Kenntnis zu geben. Es sei aber eine Selbstverständlichkeit, die Möglichkeit mitzudenken, ob Stellen kompensiert werden könnten. Hierbei handle es sich jedoch nicht um eine Änderung des Beschlusses, vielmehr sei es eine Bitte an die Verwaltung, dies bei der Aufstellung des Stellenplanes mit zu berücksichtigen.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) führt zur Einordnung aus, dass der Haushalt aus investiven und konsumtiven Mitteln bestünde. Fördergelder seien im investiven Haushalt zu verorten, sodass es diesbezüglich lediglich ärgerlich sei, wenn man sie nicht erhalte. Anders sei es bei konsumtiven Mitteln wie den Stellen, die den Haushalt „auseinanderreißen“ könnten.

Man habe nicht das Ergebnis und die Mühe der Mitarbeitenden in Frage gestellt, die sich wochenlang mit dem Teilungsprozess auseinandergesetzt hätten. Die Vorlage der Verwaltung fasse diesen Prozess nun zusammen und damit habe man sich nur sehr kurz damit befassen können, sodass es zu Fragen gekommen sei.

So werde von einem ersten Entwurf gesprochen, gleichzeitig spreche man davon, dass keine weiteren Stellen mehr dazukämen. Das Einsparpotenzial im Personalkostenverbund sei Augenwischerei, da bekannt sei, dass auch die Kämmerin immer einen Teil aus dem Personalkostenverbund nehme, da sie wisse, dass der Haushalt sonst nicht zu stemmen sei.

Man möchte gerne genau verstehen, welche Stellen benötigt würden und genau wie die Kolleg*innen von FDP und Linke sehe sie nicht die Notwendigkeit, die Entscheidung nun „durchzupeitschen“.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) stellt hinsichtlich der Beschlussfassung heraus, dass die Teilung des Fachbereichs beschlossen sei und es sich diesbezüglich nur um eine Kenntnisnahme handle. Der Personal- und Verwaltungsausschuss könne dem Rat empfehlen, entsprechende Beschlüsse hinsichtlich des Stellenplans auf den Weg zu bringen.

Sie schlage daher vor, zunächst den Vorschlag von Frau Begolli, der am weitestgehend sei, zu beraten, da dieser beinhalte, die Vorlage nochmals zur weiteren Ausarbeitung zurück in die Verwaltung zu geben.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt diesen Antrag ab bei 7 Zustimmungen und 9 Gegenstimmen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) führt weiter aus, dass es noch den geänderten Beschlussvorschlag der SPD und GRÜNE gebe, der als Tischvorlage vorliege.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss mit 9 Zustimmungen bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat, die Bildung eines neuen Fachbereiches Mobilität und Verkehr (FB 68) bei gleichzeitiger Teilung des Fachbereiches Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur (FB 61) zur Kenntnis zu nehmen. Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat, die hierfür notwendigen Beschlüsse im Rahmen des Stellenplanverfahrens zu treffen (siehe unter „Finanzielle Auswirkungen“). Im Rahmen des Stellenplanverfahrens ist von der Verwaltung eine Kompensation aus dem Personalkostenverbund für die Stellen der Abteilung 68/100 „Verwaltung“ (2,5 VZÄ) vorzubereiten.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vorlage vor Entscheidung des Rates ebenfalls dem Finanzausschuss zur Empfehlung vorzulegen, um die angekündigte teilweise vorzeitige Bewirtschaftung zu ermöglichen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Annika Fohn
Ausschussvorsitzende

Anika Adam
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin